Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der YES-Kongress möge beschließen:

Der IUSY-Kongress möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Der PES-Kongress möge beschließen:

T2_2/19 Es geht nicht um eure Unterhosen: Privateigentum abschaffen!

1 Von der Herrschaft über Dinge zur Herrschaft durch Dinge

2 Eigentum ist das Rechtsinstitut, welches die umfassendste Herrschaft über Sachen bedeutet. Diese
3 Sachherrschaft muss nicht tatsächlich erfolgen, sondern kann auch rein rechtlicher Natur sein, und
4 kann privat- und öffentlich-rechtlich eingeschränkt sein. Eigentum ist, vereinfachend gesagt, die
5 Herrschaft über Dinge.

6 Für den Kapitalismus ist dabei das Privateigentum und mittelbar das Privateigentum an
7 Produktionsmitteln von wesentlicher Bedeutung. Durch den Hinzutritt von Lohnarbeit wird das
8 Privateigentum an Produktionsmitteln zum Kapital. (Im Kapitalismus gerät die Herrschaft der
9 Menschen über die Dinge zur Herrschaft der Dinge über die Menschen. Denn auch die
10 Eigentümer*innen an Produktionsmitteln, die Kapitalist*innen, sind der anonymen Herrschaft des
11 Kapitals unterworfen und müssen nach kapitalistischen Maximen handeln. Täte eine Kapitalistin
12 das nicht, bliebe sie nicht Kapitalistin.)

13 Der Staat erfüllt dabei wesentlich diejenige Funktion, dieses Eigentum zu garantieren. So garantiert
14 Art. 14 GG das Bestehen des Rechtsinstituts des Privateigentums und schützt vor Eingriffen bzw.
15 Enteignung. Um eine Abschaffung des Art. 14 GG führt kein Weg herum; dennoch sollten wir uns
16 nicht die Illusion machen, dass es damit getan wäre: Denn vom Schutz des Privateigentums ist die
17 gesamte Rechtsordnung durchdrungen – vom Strafrecht, das bspw. in § 34 StGB eine Gefahr für
18 das Eigentum als rechtfertigenden Notstand normiert, zum Bürgerlichen und Zivilprozessrecht,
19 unter deren Voraussetzungen bspw. die Zwangsvollstreckung als staatliche Durchsetzung des
20 Rechts auf Privateigentum schlechthin garantiert wird.

21 Unsere Forderung bleibt die der Abschaffung des Privateigentums. Dem auf diese Forderung
22 erwartbar folgenden bürgerlich-reaktionären und antikommunistischen Aufkreischen, ob „uns die
23 Jusos gar unsere Unterhosen enteignen wollen?!?“, stellen wir unsere Auffassung entgegen, dass
24 zwischen privatem und persönlichem Eigentum zu unterscheiden ist. Bei dem persönlichen
25 Eigentum handelt es sich um solche Dinge, die individueller Art und von immateriellem Wert für
26 Menschen sind. Nicht-persönliches Eigentum sind Dinge, die beliebig vervielfältigbar sind oder
27 wesentlich die über die Bedürfnisse eines einzelnen Menschen hinausgehen. Insbesondere ist
28 hierunter das Eigentum an Produktionsmitteln zu fassen.

29 Das Kapital ist an der eigenen Reproduktion und an der Wiedereinsetzbarkeit der Arbeitskraft zwar
30 interessiert, aber es kümmert sich nicht um die Reproduktion der vereinzelt Arbeiter*innen als
31 konkrete Individuen. Die Grobheit der Beziehung verlangt eine grobe Darstellung: Dem Kapital -
32 und das ist in der Wirklichkeit keine mystische Gesamtgröße, sondern immer ein bestimmtes
33 Unternehmen und ein*e bestimmte*r Unternehmer*in - kommt es in erster Linie darauf an, dass
34 gegen gezahlten Lohn die einzelnen Arbeiter*innen pünktlich und gesund am Arbeitsplatz
35 erscheinen. Was sich außerhalb des unmittelbaren Tausch- und Ausbeutungsverhältnisses
36 ereignet: Essen, Trinken, Familienleben, Schulbesuch der Kinder, Wohnen und Kultur gehört dem
37 Bereich der direkten Produktion nicht mehr an und fällt somit scheinbar nicht in den
38 Verantwortungsbereich von Unternehmer*innen. Organisatorisch fällt die Aufgabe der
39 Reproduktion der Arbeiter*innen dem Staat zu, welcher im Interesse der Kapitalreproduktion
40 liegende Entscheidungen und Regularien fällt, die äußerlich dem „Wohl der arbeitenden
41 Bevölkerung“ dienen. Dabei übernimmt dieser lediglich Aufgaben, die für Unternehmer*innen
42 nicht profitabel genug sind. Die Arbeiter*innenbewegung hat in ihrer Geschichte durch politische
43 und gewerkschaftliche Arbeit soziale Verbesserungen erreicht, die Lebensqualität von
44 Arbeiter*innen verbessert haben. Gleichwohl wirken solche Maßnahmen stabilisierend auf die
45 gesellschaftlichen Verhältnisse. Dahinter verbirgt sich ein offensichtlicher Sozialbetrug an
46 Arbeiter*innen. Wo der Staat die Organisation der Reproduktion der Arbeitskraft übernimmt, wird
47 die gesellschaftliche Existenz von Arbeiter*innen verstaatlicht. Darin steckt die materielle Ursache
48 für die erzwungene Fixierung von Arbeiter*innen auf den Staat: ihre Zustimmung zu dem sie in
49 Ausbeutung haltenden System. Somit handelt es sich aktuell um einen Staat des Kapitals, dessen
50 Aufgabe es ist, möglichst alle Menschen einer kapitalistischen Marktwirtschaft zur Verfügung zu
51 stellen.

52 **Was ist Vergesellschaftung, was Verstaatlichung**

53 Die ernsthafte Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden bleibt unmöglich, solange
54 große Teile der Weltbevölkerung vom Besitz der elementarsten Güter des Lebens ausgeschlossen
55 ist. Sie produzieren alle Güter und Dienstleistungen und erhalten als Lohn nur einen geringen Teil
56 des Wertes - es findet eine stetige Enteignung von Arbeiter*innen statt. Wir sind überzeugt, dass
57 Freiheit ohne Sozialismus Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit, und Sozialismus ohne Freiheit
58 Sklaverei und Brutalität bedeutet. Die Aufhebung des Privateigentums bedeutet für uns, dass
59 Produktionsmittel vergesellschaftet (sozialisiert) werden müssen. Grundsätzlich unterscheiden wir
60 zwischen zwei Formen der Sozialisierung: der Verstaatlichung und der Kollektivierung. Dabei muss
61 der Interessensgegensatz zwischen Konsument*innen- und Produzent*inneninteresse ausgeglichen
62 werden.

63 Sicherlich macht es Sinn, wenn diejenigen, die die Produkte produzieren, auch darüber bestimmen
64 können, wie, wo, unter welchen (sozialen, ökologischen, politischen) Bedingungen, zu welchen
65 Preisen, die jeweilige Ware an wen verkauft werden darf und wie man die dabei erzielte
66 Wertschöpfung demokratisch unter den Produzent*innen aufteilt. Betriebliche Gremien, welche
67 sich aus der Belegschaft heraus organisieren und gründen, können am besten im Interesse der
68 Produzent*innen agieren. Jedoch stellt eine betriebliche Organisation bestehend aus den
69 jeweiligen Belegschaften noch nicht sicher, dass auch im Interesse aller Menschen – insbesondere
70 in ihrer Funktion als Konsument*innen – gehandelt und entschieden wird. Dies trifft in besonderem
71 Maße auf die Schlüsselindustrien zu. Von den Schlüsselindustrien, beispielsweise der
72 Energieversorgung, sind alle Menschen abhängig. Somit muss im Ausgleich des Produzent*innen-
73 Konsument*innen-Interessengegensatzes dem vergleichsweise gewichtigeren
74 Konsument*inneninteresse in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Deshalb ist es
75 sinnvoll, Schlüsselindustrien, welche momentan zu einem großen Teil privatwirtschaftlich geführt

76 werden, zunächst zu verstaatlichen. Insgesamt ist eine "industrielle Autonomie" (Karl Korsch) zu
77 erstreben, in der das alle Betriebe des jeweiligen Industriezweiges zusammenfassende Syndikat
78 "eine nur durch die notwendigen Rücksichten auf das Interesse der Konsumenten eingeschränkte
79 Autonomie gegenüber der staatlichen Zentralregierung" besitzt (Korsch, Was ist Sozialisierung?, in:
80 Schriften zur Sozialisierung, S. 35), der einzelne Betrieb "eine eingeschränkte Autonomie
81 gegenüber dem die Betriebe zusammenfassenden und über ihre Verwaltung teilweise
82 zentralistisch bestimmenden Syndikat" (ebd.) besitzt und die verschiedenen Schichten der
83 Produktionsbeteiligten im engeren Sinne eine eingeschränkte Autonomie gegenüber den
84 Verwaltungen von Betrieb, Genoss*innenschaften und Kollektiven besitzen.

85 Momentan wird ein Großteil der Menschen von einer Mitbestimmung am Produktionsprozess
86 ausgeschlossen, da sich die Mehrheit von Produktionsmittel in privatem Eigentum befinden. Eine
87 ausreichende Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen ist öffentliche
88 Daseinsvorsorge. Eine Gemeinwohlorientierung kann nur durch Mitbestimmung aller Menschen
89 dauerhaft gewährleistet werden.

90 Für uns ist selbstverständlich, dass jede Gesellschaft aktiv jede Diskriminierung sowie
91 Ungleichheiten und Armut bekämpft. Im Kampf um Selbstbestimmung gehören neben politischer
92 und sozialer auch ökonomische Freiheit. Wenn es gelingt, die Prinzipien von Basisdemokratie und
93 Selbstverwaltung im Betrieb umzusetzen, ergeben sich daraus für die Arbeitenden im Vergleich
94 eine Reihe von unmittelbaren Vorteilen, welche vor allem mit dem Wegfall des
95 Lohnarbeitsverhältnisses zusammenhängen: Keine (Fremd-) Ausbeutung, keine Chef*innen und
96 Hierarchien, selbstbestimmte Zielsetzung der Arbeit, selbstbestimmte Arbeitsorganisation, keine
97 Enteignung des Arbeitsprodukts. Dies sind unmittelbare Verbesserungen der Lebensqualität der
98 Arbeitenden durch erweiterte genoss*innenschaftliche und kollektive Verfügung über die eigenen
99 Lebensbedingungen. Gelingt es einer hinreichend großen Zahl von Genoss*innenschaften,
100 Kollektiven und Kooperationen nicht nur am Markt zu überleben, sondern sich in eigenen, nach
101 dem Prinzip 'kollektiver Selbstversorgung' funktionierenden ökonomischen Zusammenhängen zu
102 vernetzen, so wird dies den vorherrschenden kapitalistischen Reproduktionstyp sukzessive
103 zurückdrängen und letztlich ersetzen. Die im kapitalistischen Wirtschaftssystem
104 zugrundeliegenden Nachteile für Genoss*innenschaften und Kollektive müssen zunächst durch
105 öffentliche Förderungen ausgeglichen werden. Durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung
106 werden sie aus dem Wachstums- und Profitzwang herausgelöst. Die Demokratisierung der
107 Ökonomie sowie aller Lebensbereiche ist unser zentrales Anliegen – somit die Überwindung des
108 Kapitalismus!

109 Genoss*innenschaften und Kollektive stellen somit einen Grundbaustein einer neuen Ökonomie
110 dar, in denen wir ihre Strukturen und Verfahren entwickeln und die erforderlichen Fähigkeiten
111 erwerben würden. Damit ließe sich die gewerkschaftliche Arbeit in den noch kapitalistischen
112 Betrieben und auch die Arbeit im politischen und kulturellen Feld beträchtlich unterstützen.
113 Politisch 'bewusste' Betriebe können Ressourcen bereitstellen, ihre Marktmacht zur Unterstützung
114 von Streiks o.ä. einsetzen und als Rückzugsraum für Aktivist*innen dienen.

115 Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichheit kann durch gemeinwohlorientierte Organisation von
116 Arbeit sowie kollektiven und genoss*innenschaftlichen Eigentum erreicht werden: Somit fordern
117 wir, diejenigen Betriebe und Betriebszweige, welche keine Schlüsselindustrien sind, kontinuierlich
118 in Genoss*innenschaften, Kollektive und Kooperationen zu überführen. Diese werden von den
119 Arbeiter*innen gemeinwohlorientiert, demokratisch selbstverwaltet.

120 Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen kann es nur durch die Überwindung bestehender
121 Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen geben. Ein wichtiges Prinzip einer solchen

122 Gesellschaft ist, die Selbstorganisation und -Verwaltung von Menschen - weltweit. Dazu bedarf es
123 einer radikalen Demokratisierung aller Lebensbereiche. Dies geschieht in freien Vereinigungen von
124 Räten, Genoss*innenschaften oder Kollektiven welche zuständig sind für alles - von der kleinsten
125 Werkstatt bis zu Industriekomplexen, vom Wohnblock bis zur ganzen Stadt. Ihre Aufgabe ist die
126 Produktion und Verteilung aller Güter, die Regelung der Arbeitsbedingungen und des
127 Gemeinschaftslebens (z.B. Kultur und Kommunikation) sowie die Bildung von
128 Bezirkszusammenschlüssen. Durch die praktische Zusammenarbeit der freien Vereinigungen findet
129 eine Dezentralisierung der Verantwortung statt. Autoritäre Bestrebungen - auch solche, welche
130 sich sozialistisch nennen- werden somit verhindert.

131 Wichtigste Aufgabe ist hierbei die Bildung freier Vereinigungen zur Verwaltung von Wohlstand
132 und Eigentum, um die gerechte Verteilung unter allen Mitgliedern sicherzustellen und einen
133 gerechten Nutzen für alle Mitglieder zu schaffen. Der Güterverkehr kann auf der Basis eines reinen
134 Tauschhandels, mit Geldverkehr als Tauschmittel oder aber auf der Grundlage freier Verfügbarkeit
135 organisiert werden. Unter freier Verfügbarkeit ist die unentgeltliche Benutzung von Gemeingütern
136 (Straßen, Büchereien, Wäldern, etc.) zu verstehen. Eine gleichmäßige Aufteilung bzw.
137 uneingeschränkte Umverteilung des Wohlstandes führt zum Ende des auf Privateigentum
138 ausgerichteten Klassensystems. Dies ist notwendig zur Beendigung des auf Kontrolle beruhenden
139 Klassensystems. Die Räte müssen allerdings wachsam sein, um nicht in alte Strukturen zu fallen. Sie
140 müssen also für eine Neugestaltung und Umorganisation der Arbeit sorgen - für eine auf
141 Genoss*innenschaften und Kollektiven basierenden Wirtschaft sorgen.

142 **Doppelstrategie und Grenzen der Reformpolitik**

143 „[D]as Politische ist wirklich autonom nur als Revolution, als Praxis, die die Logik der
144 kapitalistischen Entwicklung durchkreuzt und alle Subsumption unter die Verwertung aufhebt.“
145 (Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals)

146 Mit Erschrecken stellen wir fest, dass Theorie und Praxis von Verband und Partei zu häufig im rein-
147 reformistischen Sumpf gefangen bleiben. Eine reine Reformpolitik reproduziert lediglich
148 kapitalistische Machtverhältnisse. Sie führt dazu, Arbeitskraft möglich effizient wiederherzustellen.
149 Zu einer grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse - einer Revolution - ist daher
150 die Sozialisierung der Produktionsmittel notwendig. Durch den institutionellen Rahmen sind dem
151 Ziel einer „parlamentarischen Revolution“ enge Grenzen gesetzt. Wo jedoch auf
152 parlamentarischem Weg Bedingungen für eine Revolution geschaffen werden können, wollen wir
153 auf die Instrumente des Parlamentarismus nicht verzichten. Als Jusos begreifen wir auch unsere
154 Rolle in der SPD in diesem Sinne.

155 Menschen haben das Recht sich selbst zu verwalten und ihr Leben frei zu gestalten. Auf
156 kommunaler Ebene kann durch genoss*innenschaftliches Wirtschaften, Wohnen und Leben eine
157 neue Form von Zusammenhalt geformt werden. Schlüsselindustrien, welche grundlegende
158 Bedürfnisse einer breiten Masse befriedigt werden auf größerer Ebene gemeinsam verwaltet. Für
159 die Kollektivierung als auch die Verstaatlichung von bislang privatem Eigentum bedarf es einer
160 Sensibilisierung und Mobilisierung einer breiten Gesellschaft, welche zunehmend Verantwortung
161 im zivilgesellschaftlichen als auch im politisch- staatlichen Bereich übernimmt. Wir Jusos handeln
162 mit dieser Erkenntnis nach der Doppelstrategie und möchten somit die Überwindung von Staat
163 und Kapital, die Überwindung des Kapitalismus, erreichen. Indem Menschen die Verantwortung für
164 ihr Leben und das Aller übernehmen, sich regional selbst organisieren und kapitalistische
165 Produktionsverhältnisse und Denkmuster überwinden stirbt der Staat des Kapitals ab – so hat es
166 bereits Marx vorausgesagt.

- 167 **Wir fordern:**
- 168 die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien
- 169 eine radikale Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft
- 170 die vollständige Sozialisierung und demokratische Kontrolle der Produktionsmittel als öffentliches,
171 genoss*innenschaftliches bzw. kollektives Eigentum
- 172 die Durchführung eines Verfassungskonventes mit dem Ziel einer rätesozialistischen Verfassung, in
173 der das Privateigentum abgeschafft bleibt
- 174 den Zusammenschluss aller Räte Demokratien zu einer Sozialistischen Weltrepublik
- 175 den Kommunismus
- 176